

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 89.  
Telefon: E. 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint  
jeden Freitag — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,  
Berlin O 34, Memeler Str. 89 (Postfachkonto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,  
nur durch die Post, viertel, 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgesetzte 2 M.

Nummer 45

Berlin, den 4. November 1932

44. Jahrgang

### Der Volksentscheid am 6. November

Von Th. Seipart.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48. Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen, aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, sie tritt ab. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unveräußerliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal beseitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne befunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerrissen werden. Obrigherrschaft und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform. Der Reichszugler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier.

Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Vorkämpfern des Obrigherrschaftsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte.

Die deutsche Arbeiterchaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung befeuert, breitet sich aus bis weit hinein in die

Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einlegen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterchaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Die Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen wählen Sozialdemokraten!

### Kampf ums kollektive Arbeitsrecht

Am 18. Oktober fand in Berlin eine Kundgebung der freien Gewerkschaften (vgl. den Bericht in Nr. 44 des „Textil-Arbeiter“), auf dem auch der Arbeitsrechtler des ADGB, Kollege K o r p e l, sprach. Wir geben das Wesentliche seines Referats hier wieder.

Aus den Darlegungen Larnows ergibt sich, daß die Gewerkschaften gegen das Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung vor allem ernste Bedenken in lohnpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht haben. Dazu kommen noch die ebenso ernsten Bedenken der Gewerkschaften gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht.

Aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen halten daher die Gewerkschaften die Eingriffe in das Tarifrecht und in die Unabhängigkeit nicht für rechtswirksam. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 auch die Kampffreiheit aus folgenden Gründen:

1. weil die Vollmacht des Reichspräsidenten an die Reichsregierung in der Verordnung vom 4. September 1932, II. Teil: sozialpolitische Maßnahmen, § 1 nicht mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung vereinbar und daher unzulässig ist;

### Zum 9. November!

Die deutsche Revolution ist noch nicht beendet! Der 9. November 1918 war nur das Vorspiel.

Müde und abgekämpft kam der Deutsche aus dem großen Massenmorden. Ruhe, nur Ruhe, sagte er; und so wurde der staatliche Neubau der deutschen Republik etwas zu flüchtig aufgeführt. Schon im Laufe der vergangenen Jahre ließ sich manche bedenkliche Lücke erkennen. So wird uns nichts erspart bleiben: alles muß nachgeholt werden, damit der am 9. November 1918 begonnene Bau eine Vollendung erfährt, der ihn befähigt, allen Stürmen zu trotzen!

Jawohl, es muß weiter gebaut werden. Aber nicht im Sinne der Freiberren, die eben am Ruder sind, und die alle finsternen Mächte der Vergangenheit zu ihrer Hilfe gerufen haben. Sie wollen die Republik „reformieren“, sie wollen die alte gesellschaftliche Ordnung des Vorkriegsstaates wieder aufrichten, jene „Ordnung“, die im arbeitenden Menschen nur ein Wesen untergeordneten Ranges sah und ihm deshalb auch weniger Rechte als den Bestehenden zuwandte. Im Staate soll nicht mehr das Volk, die große Masse

### An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztmal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein. Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

### Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

2. weil diese Vollmacht nur die Vereinfachung und Vereinfachung von sozialen Einrichtungen gestattet und der Tarifvertrag keine soziale Einrichtung, sondern ein Rechtsinstitut ist;

3. weil der Eingriff in die Unabhängigkeit als Verstoß gegen Artikel 165, Absatz 1, Satz 2 der Reichsverfassung unzulässig ist;

4. weil die Verordnung vom 5. September 1932 nur das Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeiter regelt;

5. weil, trotzdem der Reichsarbeitsminister seine Meinung über die bestehende Friedenspflicht in

einer Rechtsverordnung niedergelegt hat, diese nicht durch § 13 der Verordnung vom 5. September 1932 getragen wird, da es sich nicht um eine Ergänzung, sondern vielmehr um eine unzulässige Änderung und Erweiterung dieser Verordnung handelt.

Die Reichsregierung hat erklärt, Tarifvertrag und Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben. Das stimmt jedenfalls nicht überein mit den vor Erlaß der Notverordnungen abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung. Denn hiernach sollte wenigstens die Verbindlichkeit Anwendung finden. Mit Recht wurden die Tarifparteien auf den freiwilligen Abschluß von Tarifverträgen hingewiesen. Aber wie sollen sie das tun, nachdem die Reichsregierung die Vertragsgrundlage aufgehoben hat? Die Arbeitgeber haben darüber hinaus sogar die Beseitigung des Schlichtungswesens überhaupt gefordert.

Mit ihren Maßnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Damit ist aber zwangsläufig die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens selbst gefährdet. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung gezwungen, werden sich die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgebern nunmehr wieder vorwiegend betrieblich abspielen. Wenn dadurch weniger Tarifverträge als bisher zustande kommen bzw. der Kreis der tarifunterworfenen Betriebe und Arbeiter erheblich enger wird, dann wird die Reichsregierung sehr bald einsehen, daß alle getroffenen und irgendwie noch zu treffenden Maßnahmen in die leere Luft stoßen. Denn daß man aus 20 Millionen deutschen Arbeitern Sklaven machen kann, ist ein Irrglaube, dem sich auch die gegenwärtige Reichsregierung nicht hingeben sollte.

bestimmen, die wirtschaftlich Schwachen und Ausgebeuteten, sondern nur eine dünne Schicht Schwereicher, die wieder ganz nach Belieben regieren wollen.

Der 9. November des Jahres 1932 ist nicht nur bedeutsam für die vergangene Zeit, und zwar als Erinnerung an jenen Abschnitt der deutschen Geschichte, da das Kaiserreich zusammenbrach, weil es morsch und veraltet war und den Bedürfnissen neuen staatlichen Zusammenlebens nicht mehr entsprach — nein, der diesjährige 9. November mag uns ein Ansporn sein, nunmehr energisch an den Aufbau einer wirklichen sozialen Republik zu gehen. In dieser Republik wird kein Raum mehr sein weder für herrschaftliche Feudalherren, noch für ausbeutungslustige Kapitalisten, die alles in eine Geldrechnung auflösen und den Nebenmenschen nur nach dem Wert seiner Ausbeutungsmöglichkeit schätzen.

Die Folgezeit darf uns nicht müßig lassen! Der Kampf für die Sicherung unserer politischen Rechte und für einen Umbau der Wirtschaft muß uns alle geeint finden — und wir werden ihn dann auch siegreich bestehen!

# Die Lage in der Textilindustrie

## Im September und Anfang Oktober 1932

Die deutsche Textilindustrie erfuhr im September eine Aufwärtsbewegung wie seit Jahren nicht. Wohl ist die Zahl der wieder in Gang gesetzten Betriebe kleiner gewesen als im August, dafür waren aber die Einstellungen um so zahlreicher. Keine der Hauptbranchen ist von der Besserung des Beschäftigungsgrades unberührt geblieben. Wenngleich zugegeben werden muß, daß einige Einstellungen unterblieben wären, wenn sie nicht durch den Papenschen Lohnraub angereizt worden wären, so darf doch nicht übersehen werden, daß eine ganze Reihe Merkmale vorhanden waren, die auf einen bevorstehenden Umschwung schließen ließen, aber mit der bewußten Notverordnung nichts zu tun hatten.

Zunächst belebt sich in vielen Zweigen der Textilindustrie mit Abfluß der Sommermonate das Geschäft rein saisonmäßig. Die Preisabbauwelle, die schier endlos schien, hat nun doch einem Stillstand Platz gemacht. Und ganz besonders auf dem Gebiet der Textilrohstoffe trat eine bemerkenswerte Festigung ein. Für die Baumwollindustrie kommt hinzu, daß wegen der immer noch großen Vorräte in den Vereinigten Staaten eine erneute Preisfestigung erfolgen soll. Wenn auch die beliebten Baumwollmengen eines Tages auf den Markt drücken werden, so bleibt doch in der Gegenwart die Stabilisierung der verarbeitenden Industrie infolge der Preisfestigung Tatsache.

### Ausbeuter nach Strich und Faden...

Zahlreich sind indessen die Fälle, in denen die Unternehmer eine größere Anzahl von Arbeitskräften einstellten, nur um in den Besitz der Einstellungsprämie zu gelangen und den Arbeitern einen Teil ihres rechtmäßigen Lohnes fortzunehmen. Mit welcher Skrupellosigkeit in dieser Beziehung vorgegangen wird, ist inzwischen genügend herausgegriffen zu werden. Aus Braunschweig, das bereits im vorigen Bericht besonders erwähnt wurde, weil eine dortige Firma auf den genialen Einfall kam, die stündliche Kündigung zu proklamieren, um den Webern das Warten auf Material nicht bezahlen zu müssen (inzwischen ist es gelungen, die Sache rückgängig zu machen), wird uns geschrieben:

„Mir ist ein Fall bekannt, wo ein 16jähriges Mädchen, das sich bei einer Firma (Luchweberei) auf ein Inserat hin zur Arbeit anbot, den Bescheid erhielt, sie sei zu alt.“

Zahlreich werden die allerjüngsten und allerbilligsten Arbeitskräfte in die Betriebe gezogen, damit man den Lohn für die 31. bis 40. Stunde um einen möglichst hohen Prozentsatz kürzen kann. Oft genug erspart der Unternehmer dabei trotz der Neueinstellungen ein hübsches Stümchen. Dabei wird von der Verordnung vielfach auch dann Gebrauch gemacht, wenn es ihrem Sinngehalt offenbar widerspricht. Es hat doch mit Vermehrung der Arbeitsgelegenheit nichts zu tun, wenn eine Firma gezwungen ist, Einstellungen aus rein saisonmäßigen Gründen vorzunehmen, oder wenn, wie im Falle einer Lambrecht'schen Luchweberei, die Weber vom Zwei- auf das Einstufigsystem überzugehen gezwungen werden und sich obendrein noch einen Sonderabzug gefallen lassen müssen. Das ist die Wirkung der Papenschen Lohnabbauperordnung! So kurze Zeit die Lohnabbauperordnung erst besteht, so dringend notwendig ist es, daß sie schnellstens verschwindet.

Es soll andererseits nicht verschwiegen werden, daß in vielen Fällen zahlreiche Einstellungen erfolgten, ohne daß den Arbeitern etwas von ihrem Tariflohn abgezogen wurde. Das ist der deutlichste Beweis dafür, wie überflüssig die ganze Lohnabbauperordnung ist.

Nach der amtlichen Statistik ist die Zahl der arbeitenden Textilarbeiter, die Mitte August etwa 240 000 betrug, bis Mitte September um rund 13 000 zurückgegangen. Zweifellos wird die Entlastung des Arbeitsmarktes inzwischen ihren Fortgang genommen haben, denn gerade für die zweite Hälfte des September wurden uns Einstellungen in größerer Zahl mitgeteilt, und auch für den Oktober standen weitere Beschäftigungszunahmen bevor.

Daneben hat die Verlängerung der Arbeitszeiten größere Bedeutung gewonnen. In den von uns erfaßten Branchen und Betrieben wurden Ende September bereits wieder von 6,2 Proz. der Beschäftigten Mehrstunden geleistet gegenüber noch 2,5 Proz. im Juli. Andererseits ist die Zahl derjenigen, die nur 24 Stunden und weniger arbeiteten, von 14,5 Proz. der Beschäftigten im August auf rund 8 Proz. zurückgegangen.

Die Baumwollspinnerei nahm zahlreiche Einstellungen vor, und zwar sowohl in der Spinnerei wie in der Weberei. Der Bericht des Gesamtverbandes deutscher Baumwollwebereien ist irreführend, wenn er sagt, daß der Auftragsengang im September eine weitere Steigerung der Beschäftigung nicht herbeizuführen vermochte, denn wir können feststellen, daß im September in nicht weniger als 19 von 81 führenden Orten der Baumwollweberei Einstellungen größeren Umfangs vorgenommen worden sind.

**Leppichweberei.**  
Im Geraer Bezirk arbeiten die meisten Firmen zwei und drei Schichten.  
In der  
**Selbweberei**  
herrscht lebhafte Tätigkeit, insbesondere wegen der gesteigerten Nachfrage nach seidnen Damenkleiderstoffen. Auch die thüringischen Damenstoffwebereien, soweit sie Seide verarbeiten, sind gut beschäftigt. Die Kunstseidenbetriebe konnten ihren verhältnismäßig hohen Produktionsstand im ganzen noch etwas erhöhen.  
In der  
**Seidenindustrie**  
ist die Besserung nicht durchschlagend. In einigen Zentren der Branche erfolgten Einstellungen. Aber im Sandeshuter Bezirk wird immer noch überwiegend kurz gearbeitet.  
Dagegen ist in der  
**Juteindustrie**  
die Aufwärtsbewegung südenlos. In Ostpreußen wurde ein Teil des Heinrichs-Werks, der seit März stilllag, wieder in Betrieb genommen.  
In der  
**Wickerei**  
waren die Einstellungen nicht so zahlreich, daß sie in den Rahmen des allgemeinen Aufstiegs hineinpaßten. Immerhin vergrößerte sich die Zahl der Beschäftigten, zum Teil auch durch die Wiedereröffnung einiger Betriebe. In erfreulicher Weise

## Es liegt eine Krone im tiefen Rhein . . .



Die Besserung in der  
**Wollindustrie**  
erstreckt sich sowohl auf die vorbereitenden Branchen (Kämmerei und Spinnerei) wie auf die Weberei. In etwa drei Viertel aller Kammergarnbetriebe wurde die Zahl der Arbeitsträfte vermehrt, in anderen verlängerte man die Arbeitszeit, in zwei Fällen sogar bis zu 58 Stunden. Die Saison der Luchwebereien hält diesmal länger an als man es aus früheren Jahren gewohnt ist. In der Mehrzahl der Luchorte steigerte sich die Produktionstätigkeit. Auffälligerweise macht Crimmitschau eine Ausnahme.

Der allgemeine Aufwärtstrend erfaßte diesmal sogar die

belebte sich das Handschuhgeschäft mit den Vereinigten Staaten.  
Die Steigerung des Beschäftigungsgrades in der  
**Strickerei**  
ist recht erfreulich. Namentlich in Thüringen ist die Zahl der Einstellungen groß. In einigen süddeutschen Orten könnte der Beschäftigungsgrad allerdings noch besser sein.

Zu den Branchen, deren Geschäftslage sich gebessert hat, gehören diesmal sogar einige Zweige der Posamenten-, der Gardinenherstellung und der Stickerie. Auch die Ausrüstung ist infolge der regeren Tätigkeit der vorgelagerten Betriebe besser beschäftigt als im Vormonat.

## Umformung der Wirtschaft

Die Teilnehmer an der Rundgebung der freien Gewerkschaften am 18. Oktober in Berlin faßten folgende

### Einschließung:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, lenkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Konfiskationspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Dieser Widerspruch des Wirtschaftsprogrammes entspricht kein sozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuererleichterungen erhalten, wird die

Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung der Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtposition dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die traffe Ungerechtigkeit der Regierungsmassnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die

das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgezielt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krise nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

## Macht's nach!

Unter Mitwirkung des Kollegen Seebacher, München, fand in Gundelfingen in Schwaben am 22. und 23. Oktober eine Hausagitation statt, die der Filiale einen Mitgliederzuwachs von 50 Prozent brachte. Dieses glänzende Ergebnis zeigt, daß die Arbeiterschaft nachzudenken beginnt über ein und jenes. Einst war die Arbeiterschaft einig. Ansteigende Löhne und anständige Behandlung in den Betrieben war die Auswirkung. Absteigende Löhne und schlechte Behandlung in den Betrieben sind die Folgen geringerer Einigkeit. Die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind der Beweis dafür, daß man sich nicht ungestraft vom Verband lösen darf.

In Gundelfingen und Umgegend wird sich die Organisation weiter kräftig entwickeln und so den Boden für bessere Zeiten vorbereiten. Dies kam auch zum Ausdruck in einer die Agitation abschließenden Versammlung, die besonders von Neuargenommenen gut besucht war. Zur Erreichung unseres Zieles:

100prozentige Verbandszugehörigkeit, wird die Agitation demnächst fortgesetzt.

## Reichstag und Lohntüte

Auf ein paar Mandate mehr oder weniger kommt es nicht an? Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Das beweisen die folgenden paar Zahlen:

Ein Jagdarbeiter erhielt im Reichsdurchschnitt

	an tariflichem Stundenlohn	an Arbeitslosenunterstützung
1924 . . .	70 Pf.	etwa 6 Mk. pro Woche
1929 . . .	103 "	20 "
1932 . . .	80 "	9 "

Im Deutschen Reichstag saßen

	SPD Abgeordnete	KPD Abgeordnete	NSDAP Abgeordnete
1924 . . .	100	62	32
1929 . . .	153	54	12
1932 . . .	133	89	230

Mit wachsenden Nazimandaten fiel der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ansteigen der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu nutzen verstanden. Stärkt deshalb den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag durch Wahl der Liste 2.

## Durch Einigkeit zur Freiheit!

Schlimmste Gefahr in unserer Zeit ist der Arbeiter Uneinigkeit! Leiden alle die gleiche Not, Kämpfen gemeinsam um Arbeit und Brot! Ein Feind bedroht sie: die Reaktion! Ein Feind greift gierig nach ihrem Lohn, Ein Feind! Für euch! — Doch die Kommunisten? „Hauptgegner sind die Sozialisten!“

Sie sind noch immer nicht klüger geworden, Sie öffnen blindwütend dem Todfeind die Pforten! Sie leben, Proleten, von eurem Streit! Sie hassen, was nützt: Die Einigkeit! Sie fallen euch, Arbeiter, in den Rücken, Sie bauen den Nazis die goldenen Brücken! Wenn Moskau befiehlt, dann brüllen sie „nieder!“ Sie hemmen euch immer und immer wieder! Ein Ende der Zwietracht! Parole sei: Geeinte Klasse durch Liste zwei Wählt Sozialdemokraten!



